

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Semester zzgl. Postgeb. Beitl-
ungen nehmen an alle Post-
ämter, sowie die Expedition,
Berlin 22, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro Biergelbsteine Zeile 60 Pf.
für Verbandsmitglieder 40 Pf.
Stellenangebote 40 Pf. Beirungs-
angelegenheiten 20 Pf. Preis-
angeben ist der Betrag beigefügen

Nr. 20.

Berlin, den 16. Mai 1915.

31. Jahrgang.

Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Von der von der Generalkommission herausgegebenen Broschüre „Die Regelung des Arbeitsnachweises“ haben wir allen Gau- und Ortsverwaltungen je ein Exemplar zugefandt. Sollte die Zusendung irgendwo nicht eingetroffen sein, ersuchen wir um entsprechende Mitteilung.

2. Von dem Rundschreiben wegen Steuerzulage haben wir ebenfalls allen Verwaltungen einige Exemplare zugefandt. Auch mit Bezug darauf ersuchen wir um Nachricht, wenn dieselben irgendwo nicht eingetroffen sind.

Der Vorstand.

Der Zusammenbruch der Illusionen.

II.

Man soll die Welt sehen wie sie ist und nicht durch die Brille der Partei oder irgendwelcher Resolutionen. Damit soll nicht gesagt sein, daß alle Parteiprogramme und Resolutionen hohler Plunder seien. Aber viel unrichtiger wäre es, die Weltgeschichte für verkehrt zu halten, wenn sie in wichtigen Phasen nicht mit Parteibeschlüssen übereinstimmt und ihr dann vorzudrängen zu wollen, sich nach solchen Beschlüssen zu richten. Das tut die Weltgeschichte einfach nicht und es bleibt uns daher verständigerweise gar nichts anderes übrig, als immer aufs neue zu prüfen, inwieweit unsere noch so gutgemeinten Bestrebungen die treibenden Kräfte der geschichtlichen Entwicklung berücksichtigt haben. Besonders ist diese Prüfung in solchen weltbewegenden Zeitläufen wie den jetzigen notwendiger als je. Handeln wir anders, so sind wir Illusionäre, und werden vor graufamen Enttäuschungen nicht bewahrt werden. Und gerade diejenigen, welche sich als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung bekennen, sollten eigentlich vor solchen Illusionen gewarnt sein. Leider ist oft das Gegenteil der Fall.

Nach der materialistischen Geschichtsauffassung ist der ursächliche Beweggrund menschlichen, also auch politischen Handelns auf materielle Bedürfnisse zurückzuführen, so oft auch ideologische Hüllen diesen Kern verbeden mögen. Bei dem jetzigen Kriege fallen solche Hüllen mehr und mehr fort und die wirtschaftlichen Forderungen der verschiedenen Nationen werden offen in den Vordergrund gerückt. Als Einzelne sind wir in unserer primitivsten Lebensbedingungen des Essens, Trinkens, Schlafens, Wohnens und der Fortpflanzung von der jeweils herrschenden Produktionsweise abhängig. Und heute herrscht zweifellos die kapitalistische Produktionsweise, mögen sich in zurückgebliebenen oder unentwickelten Ländern auch noch Reste vergangener Produktionsweisen erhalten haben.

Die kapitalistische Warenerzeugung und der kapitalistische Warenaustausch führt zur Weltwirtschaft, und der sogenannte Imperialismus ist nur eine der Ausdrucksformen für diese sich immer siegreicher vollziehende Entwicklung. Irrtümlich ist dagegen die Anschauung, als ob der Ausdehnungsdrang der Nationen eine besondere Eigentümlichkeit des kapitalistischen Zeitalters sei. Die Eroberungszüge der alten Ägypter, Perser- und Ägypterkönige, das Reich Alexander des Großen, die blühenden Kolonien der antiken Griechen in Kleinasien und Italien, das

Weltreich der Römer, das Karls des Großen, die riesigen Eroberungen Ostlands schon zu der Zeit, als es noch ganz im Feudalsystem steckte, widerlegen diese Ansicht.

Die ungeheuren Produktionskräfte des Kapitalismus erzeugen kolossale Warenmengen in den Zentren der kapitalistischen Wirtschaft. Sie bedingen daher entsprechende Verkehrswege und Verkehrsmittel, um die Massen der Rohstoffe herbeizuschaffen und um die Halb- und Fertigfabrikate fortzuschaffen. Eine Sperrung der Verkehrswege und ein Verhängen der Verkehrsmittel zieht ein Stoden in der Produktion nach sich. Verkehrswege und Verkehrsmittel müssen daher gesichert werden. Und da der Warenaustausch — seien es Lebensmittel oder Rohstoffe, wie Kohlen, Eisen, Baumwolle u. a. m., oder Fertigfabrikate, wie Maschinen, Textilwaren und dergl. — sich immer mehr international entfaltet, so spielen die Weltverkehrswege eine entscheidende Rolle und der Besitz von Stützpunkten an Meeresengen, an und vor großen Flußläufen, an natürlichen Verkehrswegen auf dem Lande ist daher von weittragendem Werte.

Wir brauchen uns nur an ein uns am nächsten liegendes Beispiel für die fortgesetzte Steigerung des Auslandsverkehrs zu erinnern: der deutsche Auslandsverkehr betrug in Ein- und Ausfuhr an Wert in den Jahren:

	Einfuhr in Milliarden Mk.	Ausfuhr in Milliarden Mk.
1872	4,59	3,59
1880	4,43	4,43
1890	4,63	3,76
1900	6,41	5,10
1913	11,13	10,18

Man beachte die erhöhte Steigerung des Auslandsverkehrs von 1900 auf 1913 gegenüber den vorherigen Zeiträumen.

Und betrachten wir einmal die Weltkarte, so finden wir, daß gerade das kapitalistisch am frühesten entwickelte Land, England, sich die Beherrschung der wichtigsten Handelswege gesichert hat, woraus hervorgeht, weshalb hohen Wert England diesen Verkehrsstraßen beimißt. Es beherrscht den Kanal von Calais zwischen England und Frankreich, die natürliche und kürzeste Verbindung zwischen Nordsee und Atlantischen Ozean. Alle deutschen Schiffe, die nach West- und Südeuropa und nach Amerika, Afrika, Asien und Australien, also nach allen Weltteilen wollen, müssen diese Straße passieren, wenn sie nicht andernfalls den riesigen Umweg um ganz England machen wollen. England beherrscht ferner durch den Besitz Gibraltar und den Suezkanal die beiden Eingänge zum Mitteländischen Meere.

Welches Interesse hat nun Deutschland an der Freiheit der Meere, gemessen an seinem Auslandsverkehr? Es führt 1913 ein an Waren aller Art aus dem übrigen Europa für 5889,3 Millionen Mark, von Asien 1049,4, von Afrika 496,8, von Amerika 2994,4 und von Australien für 327,7 Millionen Mark; es führte aus nach dem übrigen Europa für 7677,2 Millionen Mark, nach Asien 547,9, nach Afrika 210,7, nach Amerika 1546,5 und nach Australien für 103,6 Millionen Mark. Aus diesen Zahlen ist auch zugleich ersichtlich, daß Deutschland ein guter Abnehmer ausländischer Waren ist, weil es mehr einführt als ausführt, weshalb man nicht so sehr besorgt zu sein braucht, daß nach einem für uns günstig verlaufenen Kriege

unser Auslandsverkehr allzu hart mitgenommen würde. Wir erleben aber in erster Linie aus den großen Ziffern, wie wenig gleichgültig es für Deutschland sein kann, ob ihm eines Tages, wie es der jetzige Krieg vor Augen führt, der Verkehr mit wichtigen Ländern fast unmöglich gemacht wird. Es ist zutreffend, daß wie im sonstigen wirtschaftlichen Leben, so auch im Auslandsverkehr den großen Kapitalisten der Löwenanteil an den Gewinnen zuteil wird, nichtsdestoweniger ist aber auch ein blühender Handel und Wandel auf die wirtschaftliche Lage und damit auf die ganze Lebenshaltung der Arbeiterschaft von großem Einfluß. Von Einfluß in die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge zeugt es daher nicht, wenn vielleicht sonst brave Leute, die aber schlechte Musikanten sind, den Arbeitern eingureden versuchen, die Freiheit der Meere, der Schutz des heimischen Handels, kurzum, die Offenhaltung des Weltmarktes für die vaterländische Industrie und für die konsumierende Bevölkerung des eigenen Landes gingen ihnen nichts an. Nicht von ungefähr stehen Deutschland und Oesterreich in diesem Kriege zusammen, sondern es verbindet sie starke wirtschaftliche Bande, die erstmals auf den gegenseitigen Warenaustausch beruhen, zum zweiten mit dem Weltverkehr im Zusammenhang stehen. Wir müssen uns zur Beweisführung nur auf wenige Beispiele aus Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum beschränken und greifen daher ein allerdings charakteristisches Beispiel heraus. Triest ist nicht nur der größte und wichtigste Hafen für Oesterreich, sondern hat auch große Bedeutung für Süddeutschland. Sein Ein- und Ausfuhrhandel betrug schon vor 10 Jahren den Gesamtjahreswert von 1708 892 466 Kronen, an dem in steigender Weise seit der Fertigstellung der Karawanken-Tauernbahn, die Triest mit Salzburg und somit auch mit Bayern verbindet, Deutschland teilnahm; dieser Verkehr ist viel kürzer und jedenfalls auch bedeutend billiger für süddeutsche Industrieerzeugnisse, als wenn sie den Weg um Holland, Frankreich, Spanien und durch das ganze Mitteländische Meer nehmen müssen, um nach den östlichen Mittelmeerländern, nach Afrika und Asien zu gelangen, er ist also geeignet, die deutsche Industrie konkurrenzfähiger zu machen. Selbstverständlich lassen sich derartige Beispiele auch für andere Länder angeben. So ist die freie Durchfahrt ihrer Handelsschiffe durch die Dardanellenstraße für Rußland, Rumänien und Bulgarien von hoher Wichtigkeit; Bayern und Arbeiter dieser Länder haben also neben den Kapitalisten ein Interesse daran. Für England kommt beispielsweise sein Verkehr mit Indien durch den Suezkanal sehr in Betracht. Ist ihm der Suezkanal versperrt, dann müssen seine Schiffe um das Kap der guten Hoffnung in Südafrika herum, wodurch der Weg sehr verlängert und die Fracht an sich außerordentlich verteuert wird und außerdem die Schiffe wegen der geringen Tiefe der Kohlenstationen auf dieser Strecke einen ungewöhnlich großen Raum ihrer Ladefähigkeit mit Kohlen füllen müssen, womit viel Raum für die eigentliche Warenladung verloren geht.

Am besten wäre es, wenn sich die verschiedenen Länder darüber verständigten, die Freiheit der großen Handelsstraßen gegenseitig zu wahren. Diese Verständigung kommt aber leider nicht immer zustande, und das nicht erst jetzt heute und gestern, sondern seit uralten Zeiten; seitdem es einen nennenswerten internationalen Warenverkehr gab, hat der Streit um

die großen Handelskriege oft zu blutigen Kriegen geführt. Gerade im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung ist es eine unwissenschaftliche Beweisführung, solche Kriege auch nur auf einzelne Personen oder kapitalistische Interessengruppen zurückzuführen — obwohl wir deren großen Einfluß keineswegs bestreiten wollen — weil in der Tat sehr wichtige Volksinteressen dabei auf dem Spiele stehen. Wirtschaftliche Mächte ohne politische Macht ist ein zerbrechliches Ding, und soweit wir in die Geschichte zurückblicken mögen, wir werden vergeblich nach einem Zeitalter suchen, wo sich beide nicht wenig zu ergänzen suchten. Mag sein, daß einmal ein goldenes Zeitalter heraufzukehren wird, wo alle Konflikte durch Schiedsgerichte aus der Welt geschafft werden, vorläufig sind wir aber noch nicht so weit, weil die Unterdrückung der Klasse, der Nationalität, der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung noch eine ausschlaggebende Rolle auf dem Welttheater spielen. Die Wissenden sind sich auch längst darüber klar gewesen. Wer sich nicht trotz der blutigen Lehren dieses furchtbaren Krieges in Illusionen einspinnen will, der muß diesen Tatsachen ins Auge schauen. Eine klare Erkenntnis dessen, was ist, wird uns übrigens leichter Wege finden lassen, um zu besseren, die friedliche Verständigung der Völker fördernden Zuständen zu kommen.

Zwei Schriften, die auf solchen Wegen als Führer dienen können, werden wir in einem dritten und Schlusssatz besprechen.

Kriegsnotgesetz und Arbeiterversicherung.

Dem gegenwärtigen Weltkriege ist, wie so vieles in unserem öffentlichen Leben, auch die gesamte Arbeiterversicherung dienstbar gemacht worden. Und mit allem Recht wird ihr von kompetentester Seite nachgerühmt, daß sie mit ihren vielseitigen Einrichtungen und Organisationen wie kein zweites Mittel dazu berufen ist, den furchtbaren Kriegsschaden in großzügiger Weise entgegenzutreten und die Leiden und die Not der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen zu lindern. Da jedoch die ganze Arbeiterversicherung ein Friedenswerk war, so mußten naturgemäß umfassende und tief einschneidende Änderungen in ihren Bestimmungen vorgenommen werden, damit sie auf die Kriegsteilnehmer und deren Angehörigen sinngemäß angewandt werden können. Der gleich nach Kriegsausbruch zusammengesetzte Reichstag bevollmächtigte daher den Bundesrat, auch die sich hier notwendig machenden Veränderungen zu erlassen. Obwohl nun diese, die Rechte der gesamten Arbeiterschaft berührenden Bundesratsverordnungen bereits 4 Jahre Geltung haben, herrscht dennoch allgemein eine so große Unkenntnis über sie, daß es dringend notwendig erscheint, einmal in zusammenhängender Weise auf diese Bestimmungen hinzuweisen, um die Versicherten und deren Angehörigen vor großem Schaden zu bewahren.

Naturgemäß sind die wichtigsten Änderungen in den Bestimmungen der Krankenversicherung vorgenommen worden. Wie stark die Allgemeinheit aber gerade hierbei interessiert ist, erhellt am besten daraus, daß bei der Krankenversicherung durch die Erweiterung des Versicherungszwanges rund 20 Millionen Versicherte in Frage kommen und die Krankenkassen von 1882—1912 in über 105 Millionen Erkrankungsfällen über 5 Milliarden Mark ausgaben.

Zunächst sei jedoch aus der Unfallversicherung erwähnt, daß mangels anderer gesetzlicher Bestimmungen die Unfallrente an und für die zum Militär eingezogenen Unfallverletzten unverzüglich weiterzahlbar ist. Können die Verletzten nicht selbst die Rente abheben, was meistens der Fall sein wird, so haben sie nur nötig, irgend jemanden hierzu zu bevollmächtigen und der Genossenschaft die Mitteilung zu machen, daß zur weiteren Empfangnahme der Rente die betreffende Person ermächtigt ist. Allerdings hindert auch der Eintritt in das Militärverhältnis nicht die Genossenschaft daran, die Renten zu kürzen oder ganz aufzuheben. Da eine solche Maßnahme von den meisten Verletzten als eine große Ungerechtigkeit empfunden worden wäre, die böse Erbitterung herborzurufen geeignet erscheint, hatte das Reichsversicherungsamt mit den Berufsgenossenschaften ein Abkommen getroffen, daß zunächst in den drei Monaten von solchen Maßnahmen abgesehen sei. Leider muß heute konstatiert werden,

daß selbst diese Frist von vielen Genossenschaften nicht eingehalten wurde bzw. auch in den ersten drei Monaten unberechtigte Rentenkürzungen und Aufhebungen vielfach zu verzeichnen waren. Verlängert ist dieses Abkommen nicht worden, und heute genieren sich schon verschiedene Genossenschaften gar nicht mehr, den Verletzten selbst nach dem Schützenrabben den Rentenänderungsbescheid nachzuschicken.

Auch für das Invalidenversicherungs-gesetz gilt die vorgenannte Bestimmung bezüglich des Fortbezuges der Renten. Aber bei der Invalidenversicherung ist noch zu beachten, daß die Karten der zum Militärdienst Eingezogenen am besten sofort bei dem zuständigen Polizeibeamten oder anderen zuständigen Stellen zum Umtausch eingereicht werden. Eine neue Quittungskarte lasse man sich jedoch nicht mehr ausstellen, sondern melde den Inhaber ausdrücklich als „einermaßen“ ab. Wird diese Vorschrift nicht beachtet, so liegt die große Gefahr nahe, daß die Quittungskarte verfallt, wenn sie mehr als zwei Jahre seit dem Ausstellungstage der Karte liegen bleibt und alle Rechte aus der Versicherung mit einem Schlage verloren gehen. Dies ist aber mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung bei diesem Gesetz und die großen Einschränkungen beim eventuellen Wiederaufheben der alten Karten von großer Bedeutung.

Die bedeutendsten Änderungen sind jedoch, wie bereits erwähnt, auf dem Gebiete der Krankenversicherung erfolgt. Als allgemein bekannt darf vorausgesetzt werden, daß durch das Gesetz betreffend die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen vom 4. August 1914 die Kassen nur noch die Mindestleistungen gewähren dürfen und die Beiträge auf 4½ Proz. erhöht wurden. Auf besonderen Antrag kann allerdings das Versicherungsamt den Krankenkassen gestatten, die höheren Leistungen im alten oder beschränkten Maße wieder einzuführen. Leider ist hieron bisher wenig Gebrauch gemacht worden. Durch dasselbe Gesetz wurden auch mit einem Federstrich die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden um ihre ganzen Rechte gebracht, da nach § 3 dieses Gesetzes für die Dauer des gegenwärtigen Krieges die Vorschriften über die hausgewerbliche Krankenversicherung außer Kraft gesetzt worden waren. Selbst das Recht der freiwilligen Mitgliedschaft ist ihnen durch endgültige Entscheidungen abgesprochen worden. Auf übereinstimmenden Antrag der beteiligten Gemeinde und des Vorstandes der Krankenkasse kann wohl das Oberversicherungsamt die Versicherungspflicht für die hausgewerblich Beschäftigten wieder einführen, aber auch hier trifft das Vorhergesagte zu, daß von diesem Recht in verhältnismäßig wenigen Fällen Gebrauch gemacht worden ist. Selbst für Berlin ist die Versicherungspflicht für die in der Heimindustrie Beschäftigten erst mit dem 1. Februar 1915 wieder eingeführt worden. Dies ist aber gerade in der jetzigen Zeit mit Rücksicht auf die durch die Kriegsverhältnisse in außerordentlichem Umfange angewachsene Heimindustrie sehr bedauerlich. Und selbst dort, wo die Heimarbeiter der Versicherungspflicht wieder unterworfen worden sind, befinden sich die Beschäftigten über ihre eventuellen Rechte und Pflichten in großer Unkenntnis. Es sei daher für sie besonders darauf hingewiesen, daß sie auf Grund ihrer verpflichtenden Beschäftigung Mitglieder ihrer Kassen werden und demzufolge selbst dann Unterhaltungsansprüche an die Kasse haben, wenn ihr Arbeitgeber sie nicht gemeldet hat. Im Anschluß hieran sei dann nochmals darauf hingewiesen, daß durch Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1914 die Wochenhilfe für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer in erheblichem Umfange eingeführt wurde, auf die wir bereits in Nr. 14 eingehend aufmerksam machten. Ergänzend hierzu sei aber noch bemerkt, daß der einmalige Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 25 Mk. nach vielfachen Klagen der Wöchnerinnen von den Hebammen unredlichmässigerweise voll in Anspruch genommen wird. Ein solches Recht steht den Hebammen jedoch nicht zu. Man erlaube sich also gegebenenfalls nach den arztüblichen Sätzen.

Verähren die vorgenannten Bestimmungen der Krankenversicherung im wesentlichen die Zivilpersonen, so sind darüber hinaus auch für die Kriegsteilnehmer ganz erhebliche Neuerungen eingeführt, deren Bedeutung ihnen nicht dringend genug empfohlen werden muß. So ist es durch

Gesetz vom 4. August 1914 betr. die Erhaltung der Anwartschaft aus der Krankenversicherung der zum Militärdienst Eingezogenen gestattet, ihre Mitgliedschaft bei der Krankenkasse fortzusetzen, der sie zuletzt angehört haben. Nur ist dabei die allgemeine Bestimmung der Reichsversicherungsordnung zu beachten, daß die Anmeldung als freiwilliges Mitglied in der ersten Woche nach dem Austritt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung erfolgt, wenn auch die Kassen die Anmeldung innerhalb drei Wochen annehmen müssen. Die Mitglieder wählen sich jedoch durch die sofortige Anmeldung größere Rechte. Selbstverständlich sind dann auch weiter die Beiträge regelmäßig zu leisten. Bei den hohen Gefahren, die der militärische Dienst in der gegenwärtigen Kriegszeit mit sich bringt, ist die Erhaltung der Rechte an die Krankenkassen natürlich von ungleich höherem Wert wie in Friedenszeiten. Durch diese Anmeldung als freiwillige Mitglieder haben die Kriegsteilnehmer bzw. ihre Angehörigen im Falle der Verwundung oder des Todes die vollen statutarischen Leistungen zu beanspruchen. Kassen, die sich bisher hierzu weigerten, sind im Streitverfahren verurteilt worden. Es sei hierbei noch ausdrücklich hervorgehoben, daß der Anspruch auch dann gegeben ist, wenn die Krankheit oder die Verwundung im Ausland eintritt. Denn nach dem betreffenden Notgesetz vom 4. August 1914 gilt im Sinne des § 313 der Reichsversicherungsordnung auch der Aufenthalt im Ausland dem Aufenthalt im Inlande gleich. Wenn die Beiträge in der Klasse, der er zuletzt als Pflichtmitglied angehört, zu hoch sind, dem steht es frei, in einer beliebigen niedrigeren Klasse seine freiwillige Mitgliedschaft fortzusetzen. Diese Absicht muß aber sofort bei der Meldung als freiwilliges Mitglied zu erkennen gegeben werden.

Wer sich nicht als freiwilliges Mitglied bei der Kasse gemeldet hat, hat nur dann noch Anspruch auf die Klassenleistungen, wenn die Krankheit innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung eintritt. Weitere Voraussetzung ist ferner, daß der Versicherte vor dem Ausscheiden aus der Klasse entweder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen der Klasse angehört oder in den vorausgegangenen 12 Monaten mindestens 6 Monate bei irgendeiner Klasse versichert war. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Kriegsteilnehmer, deren Mitgliedschaft bei den Kassen erloschen ist, nach ihrer Rückkehr in die Heimat — worunter zweifellos das Ausscheiden aus dem Militärverhältnis gemeint ist — das Recht haben, sich binnen 6 Wochen wieder bei ihrer Klasse als Mitglied zu melden. Diese Bestimmung vom 4. August 1914 hat leider durch Bundesratsverordnung vom 28. Januar 1915 die Einschränkung erfahren, daß die Kassen solche sich zum Beitritt Meldenden zunächst ärztlich untersuchen lassen können und eine dabei bereits festgestellte Krankheit keinen Anspruch auf Klassenleistungen begründet. Es ist aber zu hoffen, daß jede einigermaßen fortschrittlich geleitete Kasse von diesem Recht möglichst keinen Gebrauch machen wird, zumal diese Verpflichtung von den Versicherungsberechtigten ohnehin ja leicht umgangen werden könnte.

Zum Schluß sei bemerkt, daß die Rechte der Hinterbliebenen an den Militärfiskus durch die ihnen aus der Arbeiterversicherung erwachsenden Rechte nicht berührt werden. Es haben also beispielsweise die Angehörigen der Gefallenen neben dem Anspruch auf die Militär-Hinterbliebenenversicherung den vollen Anspruch auf die Leistungen der Invaliden- und Krankenversicherung, sofern die Anwartschaften bei den letzteren beiden erhalten worden sind. Es ergibt sich also auch schon hieraus der große Wert der Aufrechterhaltung der Rechte an die Krankenkassen- und Invalidenversicherung.

Die Angehörigen der Hinterbliebenen haben also zu unterscheiden:

1. Anspruch auf Witwen- und Waisenrente an den Militärfiskus,
2. eventuellen Anspruch auf Kranken- und Sterbegeld von der Krankenkasse, und
3. Anspruch auf Witwen- und Waisenrente aus der Invalidenversicherung.

Während aber der Anspruch auf die Militärrente und an die Krankenkasse ohne weiteres besteht, wird die Witwenrente aus der Invalidenversicherung nur dann gewährt, wenn die Antragstellerin selbst bereits

als invalide anzusehen ist. Hat die Witwe aber Marken für sich geklebt und dadurch einen eigenen Anspruch auf Invalidenrente, so erhält sie sofort von der Landesversicherungsanstalt das sogenannte Wittwengeld als einmalige Abfindungssumme. Zur Stellung dieser Anträge ist die Beschaffung von Sterbe-, Heirats- und Geburtsurkunden der Amler unter 15 Jahren notwendig. Diese Urkunden müssen unentgeltlich ausgestellt werden, wenn angegeben wird, daß sie zum Zweck der Arbeiter- bzw. Hinterbliebenenversicherung gebraucht werden.

Das letzte Glied der sozialen Versicherung, die Unfallrentenversicherung, kommt für unseren Beruf wenig in Frage. Für die hierbei Versicherten ist zu erwähnen, daß den Hinterbliebenen die Hälfte der geleisteten Beiträge zurückerstattet werden muß.

Wir wollen zum Schluß noch dem Wünsche Ausdruck geben, daß diese außerordentlich wichtigen Bestimmungen recht aufmerksam gelesen und beachtet werden. Selbstverständlich wird jedes unserer Mitglieder oder deren Angehörige im konkreteren Falle jederzeit bei seiner Organisation den notwendigen weiteren Rat und die Unterstützung finden, damit er um seine Rechte nicht geschmäler wird.

Der „Vorwärts“ und die Gewerkschaften.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ hat der Genosse Winnig, der Redakteur des Arbeiterorganes, sich mit dem „Vorwärts“, dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, befaßt. Es kommt zu einem Ergebnis, das wir durch ein Zitat aus seinem Artikel glauben am besten darlegen zu können. Winnig schreibt, nachdem er die gegensätzliche Haltung des „Vorwärts“ zu den berufenen Parteiververtretungen geschildert, wie folgt:

„Sehr bedenklich erscheint der gegenwärtige Zustand vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Interessen. Es ist leider eine Tatsache, daß das Zentralorgan der Partei das Vertrauen der Gewerkschaften schon lange eingebüßt hat. Es hatte in wichtigen Fragen versagt, in anderen hatte es sich ohne sachlichen Grund in Opposition zu den Organisationsleitungen gestellt, es lehnte innerlich das deutsche Gewerkschaftssystem entschieden ab und konnte nie ein wirkliches Verhältnis zu den Gewerkschaften finden. Das alles ist ohne jeden Reiz der Neuheit, es ist immer von den Gewerkschaftsführern als störend empfunden und beklagt worden; die Kriegszeit hat die innerliche Entfremdung des Zentralorgans vom deutschen Gewerkschaftswesen der ganzen Öffentlichkeit sichtbar werden lassen. Ein solcher Zustand, wo das Zentralorgan der Partei in so ausgesprochener und scharfer Opposition zum ganzen Gewerkschaftswesen und zu seiner ersten Vertretung steht, ist unhaltbar, von allem anderen abgesehen. Heute arbeiten im ganzen Land die Organisationen, in Berlin die zentralen Vertretungen der Partei und der Gewerkschaften einträchtig und erfolgreich miteinander, und das Zentralorgan der Partei feht den Gewerkschaften kühl und ablehnend, ja nahezu feindsichtig gegenüber. Soll das noch so weitergehen?“

Weiter stimmen diese hier vorgetragenen Ansichten mit der Wirklichkeit überein und es drücken nur sehr wenige Gewerkschaftsorgane feht, die den Winnigischen Ausführungen nicht zustimmen und die es nicht lebhaft bedauern, daß gerade das Zentralorgan der Partei so verfaßt, wie es während der Kriegszeit besonders gezeigt hat. Zeugnis werden sie mit Winnig sich schon oft gezeigt haben: „Das Zentralorgan hilft uns nicht nur nicht, sondern es wägt uns Steine in den Weg.“

Was der „Vorwärts“ in einer langen Entgegnung erwidert, befaßt nur seine Einseitigkeit in gewerkschaftlichen Dingen. Obgleich er selbst Winnig mit Recht seinen der begabtesten und bestmündigsten der jüngeren Gewerkschaftsführer“ und einen Mann nennt, der wahrscheinlich einen ganzen Typus verkörpert“, so kommt er doch wieder mit seinem von feinerlei Sachkenntnis getriebenen und abgehandelten Einwand, daß die Gewerkschaften als solche ganz und gar nichts gemein haben mit revisionistischen Illusionen und politischen Schräullen eines Teils ihrer Führer“. Der „Vorwärts“ verfolgt also in Bezug auf die Gewerkschaftsführer dieselbe Methode wie in der Partei, indem er die Führer verächtlich und die Massen gegen sie aufzuheben sucht. Wenn es nur von einem Teil der Führer rehet, so ändert das an den alten demagogischen Kniff nichts, sondern es soll nur die wahre Meinung des „Vorwärts“ verdeuten, wonach alle Führer als mit revisionistischen Illusionen und politischen Schräullen behaftet angesehen sind, die nicht in sein Dorn blasen. Denn für ihn sind ja auch die Mehrheit der Reichstagsfraktion, des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses ein Teil jener „gewissen“ Führer, denen man keine Disziplin schul-

dig ist, weil sie angeblich nicht die Mehrheit der Mitglieder hinter sich haben. Insofern bleibt sich der „Vorwärts“ konsequent.

Bezeichnend für die polemischen Gepflogenheiten des „Vorwärts“ ist sein Bestreben, die Winnigische Kritik als einen Versuch hinzustellen, über die Gesamtpolitik der Partei bestimmen zu wollen, während sie doch nur bewehrt, die schädlichen Folgen der unverständigen und schädlichen Haltung des „Vorwärts“ von den Gewerkschaften abzuweiden.

Derselbe „Vorwärts“, der erst in allerjüngster Zeit die Hilfe der Gewerkschaften zur Hebung seines Abonnementstandes erbat, weist eben jede an ihn gerichtete noch so berechtigte und wohlgemeinte Kritik mit den barischen Worten ab: „Alle Sondererlässe, auch wenn sie sich hinter eine angebliche Gewerkschaftspolitik verbergen, müssen ganz entschieden abgewiesen werden“. Also: Maul halten und Abonnenten werben!

Nach solchen Proben seiner Gesinnung war es freilich vorzüglich vom „Vorwärts“ gehandelt, wenn er sich selbst als gewerkschaftsfreundlich bezeichnen, denn wenn man ihn nach seinen Taten und nicht nach seinen Worten beurteilt, dann werden sich schwerlich viele Sachverständige finden, die in sein Selbstlob einstimmen.

Wenn der „Vorwärts“ dann noch dem Genossen Winnig wie den Gewerkschaftern überhaupt den Rat erteilt: innerhalb der Partei als Parteigenossen für ihre Ideen Anhänger zu werben, so vermag er anscheinend ganz dabei, wie gerade er andersdenkenden und besonders denjenigen Parteigenossen seine Spalten verschließt, die für eine geschlossene Politik der Partei im Sinne ihrer gewählten Vertretungen eintreten.

In derselben hochfahrenden Weise wie Winnig behandelt der „Vorwärts“ den Genossen Legien, der zu der Antikritik des „Vorwärts“ gegen Winnig und „gewisse Gewerkschaftsführer“ Stellung nimmt, die sich angeblich auf „politischen Erwägungen“ beruhen sollen. Bei dieser Gelegenheit macht Legien die interessante Bemerkung, daß er drei Redakteure des „Vorwärts“ kenne, von denen der eine die Gewerkschaftsfragen nur theoretisch, der andere fast ausschließlich polemisch und der dritte, soweit meine Kenntnis reicht, gar nicht behandelt habe. Gewerkschaftliche Praxis ist allen dreien erspart geblieben.“ Unter solchen Umständen ist es allerdings erklärlich, wenn der „Vorwärts“ sich und seinen Lesern einredet, daß die Kritik von Gewerkschaftsführern an seiner Haltung nur „revisionistischen Illusionen und politischen Schräullen“ entspringt. Er sieht anscheinend nicht ein, daß solche Kritiken nur dem Bestreben entspringen, einem guten Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu dienen, und daß eine Partei kaum bündnisfähig ist, deren gewählte Vertretungen andauernd in den wichtigsten Fragen von ihrem Zentralorgan bekämpft und mit dem Vorwurf belastet werden, daß sie die Mehrheit der Partei nicht hinter sich haben.

In eigener Sache.

„Spiegelwirtschaft und „Vorwärts“. Die „Chemnitzer Volksstimme“ hatte auf die Veröffentlichung des auch von uns in Nr. 18 dieser Zeitung gebrachten Rundschreibens des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der „Berühmten“ „Verner Tagwacht“ hingewiesen und in Anbetracht der früher schon in dem nämlichen Organ veröffentlichten Internas aus der deutschen Partei ein solches Gebahren mit „Spiegelwirtschaft“ bezeichnet. Das nahm der „Vorwärts“ als willkommenen Vorwand, mich mit der Spiegelwirtschaft in Verbindung zu bringen und sogar mich auf gleiche Stufe mit den anonymeren Zuträgern der „Verner Tagwacht“ zu stellen. Darauf hin sandte ich dem „Vorwärts“ eine Zuschrift, die er aber nur zum Teil veröffentlichte, obgleich sie ganz kurz gehalten war. Er brachte nur meine Erklärung insoweit, als ich dem Genossen Ebert vom Parteivorstande schon einen Tag vor jener „Vorwärts“-Notiz erklärt hätte, daß ich das Rundschreiben des Parteivorstandes — das übrigens nicht nur an die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen, sondern auch an Tausende sonstiger Parteifunktionäre verbreitet worden war — nicht als vertraulich betrachte habe, aber auf ausgesprochenen Wunsch selbstverständlich von der Veröffentlichung derartiger Rundschreiben Abstand nehmen würde. Diese Erklärung war jedenfalls unanfechtbar.

Der „Vorwärts“ unterschlug aber den weiteren Teil meiner Zuschrift, wonach der „Vorwärts“ das Recht hervorhob, sich über die Spiegelwirtschaft zu entrüsten, weil er den Hintermännern und Zuträgern der „Verner Tagwacht“ nach wie vor die Stange hielt, obgleich der Parteivorstand sich mehrmals gegen die Indiskretionen jener anonymen Zuträger, die nicht mit ihren Namen dafür einzustehen wagten, ausgesprochen hatte.

Wenn eine Versammlung brasilianischer Genossen von der Größe und Bedeutung eines Rauchsflubs eine Resolution für Liebfuchst faßt, dann tut

der „Vorwärts“ diese weltbewegende Tatsache in einem langen Artikel der staunenden Mit- und Nachwelt kund, aber wenn deutsche Parteigenossen, die nicht zu seiner „Richtung“ gehören, sich gegen den Vorwurf der Spiegelwirtschaft verteidigen, dann schneidet er ihnen das Wort ab. Emil Kloth.

Was unsere Kollegen aus dem Felde schreiben!

R. . . 1. März 1915.

Bilder vom Stellungskrieg.

Viele der zu Hause gebliebenen Kollegen können sich wohl keine rechte Vorstellung machen vom Stellungskrieg.

Ich will versuchen, ihnen durch ein paar Zeilen unser Leben und Treiben zu schildern. Unser Bataillon, das aus Landwehr, Reserve und aktiven Truppen besteht, liegt zwischen Loul und Verdun, wo bekanntlich die Stellungslinien beiderseits sehr gut und stark ausgebaut und größere Angriffe selten sind.

Zum größten Teil führen wir hier ein erträgliches Leben. Unangenehm wird's nur immer die acht Tage, die wir an der Front in der vorbesten Linie sind. Da pfeift dann der Wind aus einem anderen Loch. Wie schleichen da nachts einige Kilometer durch den Wald in unseren Schutzgraben und sind dann nur mehr 80 Meter von den Franzosen weg. Schlafen und essen tun wir, wenn wir Zeit haben, in Erdlöchern im Walde. Da steht dann jeder täglich drei Stunden bei Tag und drei Stunden bei Nacht als Posten im Graben oder als vorgeschobener Posten noch außerhalb der Hauptstellung gegen den Feind. Sobald natürlich ein Mäppchen oder eine Fadelhaube sichtbar ist, wird geschossen. Besonders die Franzosen verschwenden eine Menge Munition; haben leider ab und zu auch Erfolg, hauptsächlich durch Kopfschüsse, die in den meisten Fällen tödlich sind. Wir haben auch französische Alpenjäger als Gegner, gefährliche Vurschen, aber unsere Schützen unterlassen auch nichts; haben schon manchen vom Baum heruntergeholt. Auch Artilleriefeuer erhalten wir viel; besonders gegen Abend, da schießen sie wie verrückt, da pfeift's und drummt's, daß einem Hören und Sehen vergeht. Einzelgeschossen sind die Franzosen gut auf unsere Stellung, wir verschwinden aber immer scheinbar in unsere granatensicheren Erdlöcher, und die Wirkung ist minimal. Da passieren oft die sonderbarsten Sachen. Vor einigen Tagen war ein Kamerad von uns gerade zu Besuch bei der Tante (diese existiert bei uns natürlich nur in ihrer allerprimordialen Form), als ein Schapnell herüberpfeift und ihn am Oberheulen fester verletzete. Diese acht Tage gehen aber auch bald vorüber, dann beginnt eine andere Zeit. Wir werden nun abgelöst und gehen wieder zurück in unsere Ruhstellung. Diese befindet sich einige Kilometer hinter der Front an einem granatensicheren Bergabhange. Hier beziehen wir Unterstände, die aus Baumstämmen und Erde erbaut sind und einem Pferdteil sehr ähnlich sehen. Da liegen wir dann circa 70 Mann nebeneinander auf Strohd und fühlen uns, da es schon warm darin ist, wie im Himmel. Hier machen wir nur einige Stunden Arbeitsdienst pro Tag, die andere Zeit verbringen wir dann mit Essen, Trinken, Kartenspiel, Singen und Erzählen. Da ist dann die Front bald vergessen. Sind diese schönen acht Tage wieder vorbei, dann gehen wir wieder hinauf in die Stellung hinter der Front als Reserve, falls ein Angriff erfolgt. Hier wird dann tagsüber gefascht, Räume gefüllt usw. Das dauert acht Tage, dann sind wir wieder vorne. Das sind dann acht Tage, die ungeheure Anforderungen an die Nerven jedes einzelnen stellen. Aber wir halten aus. Wieviel solche Perioden werden wir noch durchhalten müssen bis Frieden ist? Dauert's kurz oder lang, wir hoffen alle, gesund wieder heimzukommen. Wir hoffen aber noch etwas. Wir hoffen, daß unsere Kollegen, die nicht in den Krieg mußten, zu Hause etwaige Angriffe der Prinzipale auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach Kräften abwehren, daß wir, wenn wir heimkehren, unsere Lebensverhältnisse nicht schlechter finden, sondern mindestens so, wie wir sie verlassen haben. Sollte dann zu Hause mal ein Krieg nötig sein, so werden wir auch dort wieder unseren Mann stellen.

Josef Strakmaier (Stuttgart).

Huszeichnungen.

Kollege Eugen Bogel, Nr. 54 692, Mitglied seit 1904 in Stuttgart, erhielt das Eisenerz Kreuz.

Rundschau.

Das Suchen der Zeit. Wenn ein gewaltiges Ereignis, ein Erlebnis ganz besonderer Art des Menschens Herz bewegt, wie es in der gegenwärtigen Zeit der Fall ist, dann sucht der einzelne Mensch,

wenn er vorher das Leben auch leicht hinnahm, einen inneren Danks, etwas Großes, dem er sich hingibt, etwas Starres, an das er sein verzagtes Ich anlehnt. Daß dieses Große, Starke die Religion sei und ewig sein werde, hat man stets behauptet und man glaubt diese Ansicht bestätigt in dem wachsenden Zustrom zur Kirche, der heute zutage trete.

Gewiß, auch solch ein Zustand zeugt, wenn er eintritt, von dem Bedürfnis nach einem großen belebenden Glauben, doch er nicht allein. So vielen auch die Kirche ihre Erbauung bringt, identisch sind im modernen Leben Religion und Kirche nicht mehr. Die Religion ist gewachsen und hat neue Gebiete geschaffen zur menschlichen Befriedigung und viele, welche diesem neuen religiösen Nützen an und empfinden dessen reiche Kraft gerade jetzt.

Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, hat auch Religion, sagte der Dichtersphilosoph aus Weimar, Goethe. Wissenschaft und Kunst sah er an als des modernen Menschen Feld der Gefühlskultur. So hoch wir nun gewiß auch Wissenschaft und Kunst achten, was vor 100 Jahren galt, hat nicht auch heute noch im alten Maße Kraft und Geltung. Religion wie Staatsleben waren damals verflochten. Da blieb dem fühlenden Menschen als einziges Gebiet die Religion und so sah auch Jahrzehnte später noch Hebbel die Kunst als die moderne Religion an.

Heute sind wir in dieser Erkenntnis einen Schritt weiter gegangen. Wir fühlen auch heute, welche reiche Werte einer Geistes- und Seelenkultur in Kunst stecken wie in Wissenschaft, aber daß sie nun u. a. darin stehen, daß sie nicht das ganze Leben erfüllen, daß nicht in allem Tun und Treiben Wissenschaft steckt und Kunst und damit Religion, das haben wir heute als ein großes Uebel erkannt, als das Grundübel unserer ganzen Kultur. Das ist wirklich eine bescheidene Kultur, und eine bescheidene Religion, die nur in wenigen freien Stunden der Woche einmal etwas Kunstgemäß bietet an Werten anderer, Kultur ist erst möglich, wahre Kultur, wenn Kunst und Wissenschaft alle Gebiete des Lebens erfüllen, wenn auch über dem eigenen Arbeitsleben die Kunst schwebt, wenn so das ganze Leben wird ein religiöser Dienst.

Wieviel mechanische Arbeit muß aber heute nicht von denkenden Menschen statt von der Maschine vollbracht werden, wieviel Schand hat nicht die Arbeitskraft von Tausenden noch zu vollbringen, wie müssen sich nicht Abertausende heute noch sehnen nach Arbeiterräumen in Schönheit. Geld soll alles bringen, Schlechtes wie Gutes und gleich auf welchem Wege. Von Begeisterung und Freude am Schönen und damit vom rechten Arbeitsglücke keine Spur. Die Kunst fehlt überall und selbst die Kunst von heute ist nicht mehr die hehre Göttin; auch sie bekommt bereits den Stempel des Geldes. Nichts von edler Kunst und damit nichts von jener neuen Religion. Der Zukunft gehört sie an.

Und was heißt das? Daß der Zukunft zu leben unsere religiöse Pflicht ist. Wessen Herz keine Befriedigung findet in der heutigen berednenden Verstandeskultur, wer nach einem Leben sich sehnt in Geist und Seele, der hat für die Zukunft zu kämpfen als Glied unserer Kampfgenossenschaft, denn jene besessene, durchgegeistigte Welt erstreben wir allein. Wir allein bieten darum jene Befriedigung des Herzens, nach der so Unzählige heute leiden, und darum ist der Kampf für unser Ideal dem suchenden Menschen der härteste Kampf, der Kampf für unser Ideal dem sehnenenden Herzen der nie versiegende Quell erbauenden Glücks. Und deshalb gilt es, das Suchen unserer Zeit in unsere Bahnen zu lenken, damit all unserer Brüdern und Schwestern das begehrte Streben nach unserer Zukunftswelt der Schönheit werde ihre moderne Religion.

A. C. **Böhenschan.** Das große Ereignis, das die 40. Kriegswunde brachte, war die erfolgreiche Durchbruchschlacht in Westgalizien. Am Abend des 2. Mai war die erste Hauptstellung der Russen ihrer ganzen Länge und Tiefe nach in einer Ausdehnung von etwa 16 Kilometern durchbrochen. Daß ein solcher Erfolg in Deutschland gefeiert wurde, ist selbstverständlich, aber es stellten sich gerade diesmal in der Art und Weise der Kundmachung Unebenheiten heraus, die zwar die Bedeutung des Schlags nicht im geringsten abzuschwächen vermochten, aber doch dazu beitrugen, daß die in Bewegung gekommene Bevölkerung in ihrer Kriegs-

nerosität sich Gerüchten zugänglich zeigte, die bei einer einheitlichen Gestaltung der Nachrichtenabgabe kaum den Umfang der Ausbreitung hätten erlangen können, den sie im vorliegenden Falle angenommen haben. Im übrigen ist die Tragweite des Durchstoßes der russischen Front in Westgalizien noch gar nicht zu übersehen, ja, wie die völlige Bedeutung des deutschen Vorstoßes in Ostland. Die Operationen sind alle im Fluß; wir erkennen zunächst nur die erfolgreiche Tendenz einer überraschend kräftigen, den Gegner verblüffenden Offensive. Auch auf dem westlichen Kriegsschauplatz ist die Position der Gegner um Pjeren herum sehr stark durch die Deutschen bedroht. Würdigungen der neutralen Presse schildern die Lage der Engländer bei Pjeren wie folgt: Ein doppelter Planenangriff und bei scheinbarem Frontalangriff die berühmte Zange. Es sei nicht recht abzusehen, wie sich die Engländer aus dieser Lage befreien wollten, da nicht nur ihr Aufstellungsraum, sondern auch ihre ganzen rückwärtigen Verbindungen unter schwerstem Artilleriefeuer lägen. Die Vorkommungen der Feinde Deutschlands ergeben sich sehr deutlich aus den äußersten Anstrengungen, um Italien zur Unterstützung des Dreiverbandes zu bewegen. Diese Hilfe gilt als die letzte Hoffnung auf den Sieg über Deutschland. In der Tat hat sich denn auch die politische Spannung in Italien bis zu einer Intensität entwickelt, die endlich zur endgültigen Entscheidung treiben muß. Daß die Wahrscheinlichkeit des Anschlusses Italiens an den Dreiverband sehr viel größer ist als die des Festhaltens am Dreiverband, das beweisen die Vorgänge der letzten Woche zur Genüge. Allerdings noch immer dauern die Ausgleichsverhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien fort; der letzte Schimmer eines möglichen Ausgleiches ist noch nicht geschwunden, aber Deutschland und Oesterreich-Ungarn müssen auf eine ungünstige Wendung gefaßt und vorbereitet sein. Auf wirtschaftlichen Gebieten hat die vergangene Woche keine größeren Veränderungen gebracht. Auf Vorkommungen im Gange, auf die Preisbildung von Brot, Kartoffeln und Fleisch einzurücken, um gerade diese Nahrungsmittel den breiten Schichten der Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen bis zur neuen Ernte anbieten zu können. Teilweise haben diese Vorkommungen auch schon circulatorische Wirkungen gezeitigt; in manchen Gemeinden wurden die Brot- und Kartoffelpreise etwas herabgedrückt, in anderen Gemeinden werden Fleischwaren zu Preisen abgegeben, die merklich niedriger stehen als im Kleinvertrieb. Weckwirdigerweise wird darüber geklagt, daß trotz reichlichen Angebotes von Ware der Fleischkonsum zu wünschen übrig lasse. Zweifelloser würde ein härterer Verbrauch auch für die Konsumenten nur vorteilhaft sein. In letzter Zeit haben die Preissteigerungen auf dem Warenmarkt teilweise wieder ein recht unerfreuliches Tempo eingeschlagen, und man hat immer wieder den Eindruck, daß diese Steigerungen zum Teil gar nicht, zum Teil nur in weit geringerem Grade, als sie durchzugehen versucht werden, durch höhere Herstellungskosten oder infolge unzureichender Vorräte bzw. durch beide Umstände begründet sind. Der wirtschaftliche Egoismus hat eben zurzeit ein so undurchsichtiges und weites Betätigungsgelände, daß eine Kontrolle und zutreffende Kritik, geschweige denn eine wirklich durchgreifende und erfolgreiche Bekämpfung seiner millionenfachen Neuerungen ausgeschlossen ist. Glücklicherweise bleiben auch hier die Rückschlüsse nicht aus, wenn die Preisbremse allzustark angezogen wird.

Auseinanderhalten der Arbeitsgebiete! In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ bespricht Otto Hue (Essen) eingehend das Schicksal des 1890 vom Deutschen Bergarbeiterverbande gegründeten und vier Jahre später eingegangenen Konsumvereins „Glückauf“ und kommt zu folgenden Schlüssen: „Wer sich in die Geschichte dieser Genossenschaft vertieft, wird nach ruhiger Ueberlegung auch als jenseitiger sozialistischer Parteipolitiker zu der Ueberzeugung kommen, daß gerade der Genossenschaftsbewegung kein schlimmerer Streich gespielt werden kann als durch eine Identifizierung mit einer politischen Partei! Dieser selbst ist auch nicht damit gebient. Denn, wenn die genossenschaftlichen Blütenräume nur Träume bleiben, wie das bei dem „Glückauf“ der Fall gewesen ist, dann werden die Parteigegner und selbst allzuvielen Genossen den Mißerfolg als eine „Uiberlegung der Lehren“ der Partei auffassen (wobei die freundlichen Parteigegner eifrig nachhelfen), und wenn es sich taufendmal um Organisations- und Kalkulationsfehler handelt. Der Zusammenbruch der bergmännischen Konsumgenossenschaft im Ruhrgebiete vor bald 21 Jahren hat hier nämlich nicht nur der Werbefaßt des genossenschaftlichen Gedankens, nicht nur unseren Gewerkschaften, sondern ebenso

der sozialdemokratischen Partei auf Jahre hinaus schmerzlichen Abbruch getan. Heinrich Imbusch, der die damaligen Geschehnisse vom liberalem Standpunkte betrachtet, darum mit Fleiß die persönlichen Zwistigkeiten und Widrigkeiten in der bergmännischen Konsumgenossenschaft hervorhebt, kann doch nicht umhin, nach der Darstellung der beispiellos heftigen wirtschaftlichen und politischen Bekämpfung des Bergarbeiterverbandes bezw. der Genossenschaft „Glückauf“ zu schreiben: Der Konsumverein wäre wohl wahrscheinlich auch eingegangen, wenn die Leitung eine musterhafte gewesen wäre!“ Da selbst ein Mann, der zwar nicht aus eigener Erfahrung, aber dafür detailliert durch seine Parteipresse über die derzeitige Situation unterrichtet wurde, der Bekämpfung der Genossenschaft durch kapitalistische und liberale Feinde die größte Schuld an diesem nachhaltigen genossenschaftlichen Mißerfolg zuschreibt, so muß dies erst recht auf unserer Seite Veranlassung zum Nachdenken geben. Als ich vor nun mehr als 20 Jahren Angestellter des Bergarbeiterverbandes wurde, bin ich nach intimster Kenntnisnahme von den kritischen Vorgängen zu der unerschütterlichen Ueberzeugung gekommen, man müsse im ureigensten Interesse sowohl der Partei als auch der Gewerkschaften und der Genossenschaften deren praktische Kompliziertheit der wirtschaftlichen und politischen Arbeitsgebiete auseinanderhalten, soweit es die Kompliziertheit der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen nur eben zuläßt. Die Entwicklungsmöglichkeiten zumal der Genossenschaftsbewegung, die uns hier erlich beschäftigen, dürfen nicht durch ihre Vermengung mit parteipolitischen Tendenzbestrebungen erschwert werden.“

Arbeitsmarkt.

Verlangt werden:

(Alle Anfragen wegen offener Stellen sind nur an die Bevollmächtigten der bezeichneten Orte zu richten, soweit nichts anderes besonders angegeben ist.)

Am 6/7 (Arbeitsnachweis der Buchbinder Hamburg I, Wefenbinderhof 57 III): Es werden Buchbinder gesucht nach Kiel (5), Oldenburg, Warel in Oldenburg, Büchlow i. S., Salzwebel, Wittingen i. S., Stade;

1 Kartonnager nach Bergedorf. Giberfeld. Es werden tüchtige Weidmeyer gesucht.

Berichtigung.

Der Tod des in der „Grentafel“ von Nr. 19 als gefallener bezeichneter Kollege **Alfred Kaus** ist noch nicht amtlich bestätigt worden.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliebrn die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Goldschnittmacher

Emil Hedemius

nach kurzer Krankheit gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt **O. Th. Winckler, Leipzig**